



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/136 - 17.6.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Wachsende Opposition gegen die Vertragswerke	S. 1
Nehru warnt den Westen	S. 3
Frankreich sichert sich Rundfunkmonopol an der Saar	S. 4

Gestörter Zeitplan des Bundeskanzlers

-ler. Nach dem Willen des Bundeskanzlers sollten die Bonner Verträge noch vor den Parlamentsferien durchgepeitscht werden; davon kann heute nicht mehr die Rede sein. Zum erstenmal in der Geschichte der jungen Bundesrepublik gibt es selbst innerhalb der Koalition - nur die CDU/CSU-Fraktion macht eine Ausnahme - ernstzunehmenden Widerstand. Die Kanzlerpartei hat in ihrer Wochenend-Vorstandssitzung - wir zitieren den Pressedienst der CDU - "nach eingehender Beratung dem Deutschlandvertrag wie dem EVG-Vertrag einmütig zugestimmt" und die Erwartung ausgesprochen, "daß der Bundestag alsbald den Vertragswerken zustimmt". Das ist eine erstaunliche Feststellung, wenn man bedenkt, daß bisher den Abgeordneten auch der CDU/CSU-Fraktion die volle und weittragende Bedeutung der in diesen Verträgen enthaltenen Verpflichtungen in der kurzen Zeit seit der Veröffentlichung dieser Vertragswerke noch nicht bewußt werden konnte.

In der FDP scheint man dagegen eine größere Achtung vor der Würde des Parlaments und eine weitergehende Auffassung von den Pflichten der Volksvertreter zu haben. Der FDP-Vorstand sprach sich gegen eine hastige Ratifizierung aus, auch wenn die Entscheidung erst im September falle.

Als ein unerwartetes und für den Kanzler sehr peinliches Hindernis für den Ablauf seines vorgesehenen Zeitplans erweist sich auch der Bundesrat, der unter dem Eindruck des Verfassungskonfliktes sich nicht zum Exekutivorgan der Bundesregierung

hergeben will. Es ist eine für den Bundesrat unmögliche und geradezu erniedrigende Zumutung, sich in einer Sache festzulegen, deren verfassungsrechtliche Grundlage, solange über die Klage der Opposition beim Bundesverfassungsgericht und über das vom Bundespräsident Heuß angeforderte Gutachten noch nicht entschieden ist, umstritten bleibt. Der Bundesrat würde, gäbe er dem Drängen des Kanzlers nach, einen Akt politischer Selbstentmannung vollziehen und damit eine Entwicklung einleiten, die ihn als ein an der Gesetzgebung entscheidend mitwirkendes Organ an die Wand drückt. Dieser Gefahr war sich der Bundesrat ohne Rücksicht auf die parteipolitische Einstellung seiner Mitglieder bewusst. Hier erlitt denn auch der Kanzler eine empfindliche Niederlage; der Answärtige und der Rechts-Ausschuß des Bundesrates machten das von Adenauer gemachte Spiel nicht mit.

Der Versuch, Bundesrat und Bundestag unter Zeitnot zu setzen, ist - zumindest nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge - vorläufig gescheitert. Es kommt noch hinzu, daß auf dem Gebiete der internationalen Politik neue Momente aufgetaucht sind, die außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten des Kanzlers liegen. Allzu stark war sein Blick auf Washington gerichtet. Da der USA-Kongreß im Juli in die Ferien geht und die USA dann in den Wirbelwind eines ungewöhnlich heftigen Wahlkampfes geraten, glaubte der Kanzler besonders klug zu handeln, wenn er - gewissermaßen als Morgengabe - dem Kongreß die deutsche Ratifizierungsurkunde noch vor seinem Auseinandergehen vorlegen würde.

Die Schützenhilfe für einen bestimmten Kandidaten (Eisenhower) und für eine bestimmte Richtung innerhalb der amerikanischen Politik scheint aber die gegenteiligen Wirkungen nach sich zu ziehen. Selbst im amerikanischen Senat macht man sich jetzt Sorgen, ob nicht durch die voreilige Ratifizierung der Verträge die Spannungen innerhalb der westlichen Welt und mit der Sowjetunion ins Unerträgliche steigen. Auch eine vom Wahlfieber geschüttelte USA können nicht die mächtigen Strömungen in Großbritannien und in Frankreich übersehen, die heute für ein Vierertreffen und der Ausnützung auch der geringsten Chancen einer möglichen Verständigung mit der Sowjetunion plädieren. Nur der deutsche Bundeskanzler besteht in seltener Verkennerung der Unruhe, die durch die westliche Welt geht, und mit kaum faßbarer Hartnäckigkeit auf dem Abschluß eines Vertragswerkes, das heute schon von vielen Einsichtigen eher als eine schwere Hypothek für die Zukunft, als ein Schutz vor kommenden Gefahren empfunden wird.

Nehru warnt den Westen

-f- Was seit langem befürchtet werden mußte, ist nun eingetreten. Der führende Staatsmann des nichtkommunistischen Asiens, der indische Premierminister Nehru, hat dem Westen die ernste Mahnung erteilt, seine bisherige Haltung in den asiatisch-afrikanischen Fragen zu ändern. Geschehe das nicht, dann laufe der Westen Gefahr, daß der Block der asiatisch-afrikanischen Mitgliedstaaten aus den Vereinten Nationen austrete.

Es bedarf keiner langen Erörterung, was ein solcher Schritt für das Ansehen der Vereinten Nationen bedeuten würde. Der Westen, namentlich Washington, hat bisher jede kritische Äußerung, jede Warnung Nehrus mit Unwillen aufgenommen. Offenbar hat die amerikanische Regierung geglaubt, die Notlage Indiens werde das Land und seine Führung auf die Dauer zwingen, sich der amerikanischen Politik anzuschließen. Das ist ein großer Irrtum. Selbst eine Hungerkatastrophe wird Indien nicht auf die Knie zwingen. Auch das hat es bewiesen, als es eine amerikanische Hilfe ablehnte, weil sie an Bedingungen geknüpft war, die Neu-Delhi nicht anzunehmen gewillt war.

Nehru hat es ganz klar gemacht, aus welchem Grunde er warnte. Die amerikanische Weigerung, das tunesische Problem vor den Sicherheitsrat zu bringen, hat die Erörterung dieser kritischen Streitfrage vor dem Gremium, das für solche Fragen zuständig sein sollte, zu Fall gebracht. Die Gründe für die amerikanische Haltung liegen klar auf der Hand. Washington braucht Frankreich für seine europäischen Pläne. Frankreich behauptet, die tunesische Frage sei ein innerfranzösisches Problem. Wenn dieses Argument hingenommen wird, hat jede Kolonialmacht einen Freibrief, in "ihren" Gebieten zu tun und lassen, was sie wollen. Washington hat sich in der tunesischen Frage diesem Standpunkt, wenn auch widerstrebend, angeschlossen. Die Reaktion der asiatischen und afrikanischen Länder war scharf. Sie hat dazu geführt, daß der amerikanische Außenminister Acheson inzwischen Paris unter Druck gesetzt hat. Acheson weiß, daß ein weiterer asiatisch-afrikanischer Vorstoß, die tunesische Frage vor den Sicherheitsrat zu bringen, Washington in eine sehr schwierige Lage versetzen kann. Die tunesische Frage ist nicht die einzige, die Nehru das Recht gibt, davon

zu sprechen, daß die Organisation der Vereinten Nationen immer mehr zum Schutzherrn der Kolonialmächte geworden ist.

Schwerer noch wiegt die Anklage des indischen Premiers, daß die Organisation der Vereinten Nationen, die zur Erhaltung des Friedens gegründet wurde, immer mehr zu einer Kriegoorganisation geworden sei. Nehru gehört nicht zu den Politikern, die leichtfertig dahinreden, ihn treibt die tiefe Sorge, die Politik der großen Machtblöcke könne zum dritten Weltkrieg führen. Von seinem asiatischen Standort aus hat er die riesigen Umwälzungen erlebt, die das Gesicht Asiens verwandelt haben. Er hat auch erlebt, wie verständnislos der Westen und vor allem Washington dieser Revolution gegenübersteht. Die westliche China-Politik habe es ihm deutlich vor Augen geführt. Mit gleicher Schärfe wendet er sich gegen die Irrwege des Westens, wie gegen die des Ostens. Wenn er seine Warnungen vordringlich an die westliche Adresse richtet, dann deshalb, weil er glaubt, daß dort das größere Gewicht liegt.

+ + +

Einseitige Rundfunkpolitik im Saargebiet

x - Saarbrücken

Der Rundfunk im Saargebiet soll nach einem Gesetz, das kürzlich von dem saarländischen Landtag in erster Lesung verabschiedet wurde, neu organisiert werden. Bisher wurde Radio Saarbrücken nach Grundsätzen verwaltet, die von dem früheren französischen Militärgouverneur Grandval im Jahre 1947 in einem Arrêté festgelegt worden waren und die Frankreich einen erheblichen Einfluß einräumten. Im Gegensatz zu der Entwicklung in der Bundesrepublik, wo die Rundfunkgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts unabhängig wurden, wird im Saargebiet der Einfluß der früheren Besatzungsmacht bestehen bleiben. Es ist vorgesehen, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen, deren Stammkapital zu 70 Prozent in den Händen des Saarstaates und zu 30 Prozent in Händen Frankreichs liegen soll. Die "Saarländische Rundfunkgesellschaft", von deren elf Aufsichtsräten vier Franzosen sein werden, ist aber nicht nur finanziell von der Regierung des Herrn Hoffmann und von den französischen Dienststellen an der Saar abhängig, sondern nach dem Text des Gesetzes verpflichtet, für die Regierung des Saarlandes und für Herrn

"Botschafter" Grandval angemessene Sendezeiten im Rahmen des Programms zur Verfügung zu stellen.

Die größte Bedeutung in den neuen Gesetz haben jedoch die Bestimmungen über den Aufbau des Fernsehens an der Saar. Ihnen zufolge ist die französisch-saarländische Fernsehgesellschaft, deren Aufbau geplant ist, gezwungen, die technischen Normen für Fernsehsendungen zu übernehmen, die in Frankreich gültig sind. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß der deutschsprechenden Bevölkerung des Saargebietes jede Möglichkeit genommen wird, deutsche oder andere europäische Fernsehsendungen zu empfangen. Frankreich hat nämlich sein Fernsehwesen als einziges kontinentaleuropäisches Land auf die Norm von 819 Zeilen ausgerichtet. Die Fernsehempfangsgeräte, die an der Saar verkauft oder ausgeliehen werden sollen, lassen keine Möglichkeit, auf eine andere Zeilenzahl umzuschalten, so daß also auf diesem wichtigen Gebiete der Meinungsbildung die Saarregierung im Verein mit Frankreich ein Monopol besitzen wird.

Gegen diese einseitigen Bestimmungen wandte sich im Saarlandtag lediglich der Abgeordnete Conrad, der als Vorsitzender der noch nicht zugelassenen Deutschen Sozialdemokratischen Partei vorerst der einzige Sprecher der Opposition gegen die frankreichhörige Hoffmann-Regierung ist.

Dieses Gesetz, das von der Mehrheit der Abgeordneten aller Voraussicht nach in der jetzigen Form verabschiedet wird, zeigt, daß die jetzt immer stärker werdenden Bekenntnisse der Saar-Machthaber zur deutschen Kultur nur als taktische Manöver zu werten sind, um der Opposition Argumente zu nehmen. In Wirklichkeit werden von Hoffmann und seinen Leuten alle Wünsche Frankreichs bedingungslos erfüllt. Es fragt sich nur, ob der Wunsch, mit dieser Neuordnung bei Radio Saarbrücken ein starkes Propagandainstrument zu erhalten, in Erfüllung geht. Bei einer stärkeren Massierung der Propagandasendungen werden immer mehr Hörer an der Saar ihren "Heimatsender" abschalten und feststellen, daß es für Ätherwellen keine künstlich errichteten Grenzen gibt. Auf dem Gebiete des Rundfunks werden also, wenn man in der Bundesrepublik ein wenig Verständnis für die besondere Situation an der Saar aufbringt und wenn die deutschen Sender die Saar in ihr Programm mehr als bisher einbeziehen, Saar-Hoffmanns und Grandvals Bäume nicht in den Himmel wachsen. Bezüglich der Gestaltung des Fernsehens an der Saar ist nur zu hoffen, daß bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Fernsehen eine große Bedeutung bekommt, der jetzige Zustand an der Saar geändert ist.